

2. Problemaufriss und Forschungsziel

Dem Selbermachen lässt sich immer eine politische Perspektive abgewinnen. Das rührt schon daher, weil die handwerkliche Verrichtung der Massenfertigung entgegengestellt werden kann und damit etwas Gesellschaftspolitisches hat – da die Arbeitsformen für Ressourcenschonung und neue Arbeitsverantwortung stehen. Die Argumente dazu werden seit Jahren in Stellung gebracht: Richard Sennett spricht von neuem nachhaltigen „Umwelthandwerk“ und fordert eine „Veränderung unserer bisherigen Nutzung der Ressourcen“ (Sennett 2009: 24). Niko Paech appelliert für „kreative Subsistenz“ und macht eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft geltend (Paech 2014: 120ff.) – Christine Ax wiederum tritt für heutige „Könnerschaft“ ein und spricht sich für eine humanere Version von Arbeit durch das Handwerk aus (Ax 2009: 25ff.). Wo sich solche Stimmen mehren, sind die Gegenperspektiven meist nicht weit, und sie werden vorrangig von der Arbeitssoziologie vorgetragen. Hier wird das Selbermachen zum Abbild einer neuen Leistungskultur erklärt. Man könnte dazu Dennis Eversbergs Begriff der „Dividualisierung“ (2014) anführen, der vor Jahren mit Nachdruck beschrieben hat, wie Arbeitslose im Zuge der Hartz-IV-Reformen zur Selbstaktivierung am Arbeitsmarkt gedrängt werden – und damit *selber machen*. Genauso ließe sich Frieder Wolfs Begriff des „Selbertun[s]“ (2001) anbringen, womit Wolf das Spannungsfeld von idealisierter Selbstbestimmung und moderner Selbstausbeutung beschreibt und alte, auf rigiden Mustern der Kontrolle basierenden Ausbeutungsmuster zur Vergangenheit erklärt. Auch Formen des „arbeitenden Kunden“ (Voß/Rieder 2005) oder eines „arbeitenden Nutzers“ (Voß 2020) ließen sich hinzufügen, weil sie nichts anderes als neuzeitliche Formen des Selbermachens sind – im Falle des „arbeitenden Kunden“ werden Konsument*innen zu unbezahlten Mitarbeiter*innen und ersetzen einst bezahlte Arbeitsplätze. Der „arbeitende Nutzer“ arbeitet hingegen (bewusst wie unbewusst) großen Tech-Konzernen bei der Gewinnung, Verarbeitung und Lieferung von Daten zu – in der Folge bauen Konzerne ihre Vormachtstellungen aus.¹ Das heißt, mit dem Selbermachen eröffnet sich ein vielschichtiges Feld. Der Begriff steht nicht nur für neue Möglichkeitsräume. Er bildet heutige Machtkonzentrationen ab: Das Selbermachen ist Abbild einer Gesellschaft, die sich zunehmend selbst aktiviert.

1 Siehe dazu auch Ramge/Mayer-Schönberger 2017; Ramge 2017; Scholz 2014; Staab 2019.

Das Wissenschaftsproblem, das an dieser Stelle ausgemacht werden kann, und das zur Forschungsfrage überleitet, ist, dass der Begriff in der öffentlichen Wahrnehmung und in weiten Teilen der Wissenschaft meist nur für die eine Tendenz steht: Das Selbermachen ist Ausdruck von nachhaltiger Produktion und schlankem Konsum. Der Begriff ist nicht nur hochgradig politisch aufgeladen. Er wird in hohem Maße unwissenschaftlich verwendet. Das Problem ist auch nicht nur ein empirisches, weil entsprechende Studien fehlen (siehe dazu der Forschungsstand ab Kapitel 3). Es ist ein historisches und zeitgenössisches Problem, da der Begriff suggeriert, dass er für eine demokratietheoretische Tradition der Produktion stehe. Schon ein Blick in die Geschichtsbücher lehrt jedoch, dass das Selbermachen im historischen Verlauf alles andere als Ausdruck von Selbstbestimmung war und ist: So breitete sich zunächst in der hellinistischen Zeit (338 – 30 v. Chr.) die von Griechenland ausgehende Form des *Ergasterions* aus (vgl. Müller 1997: 21). Handwerksbetriebe mit bis zu hundert Sklaven und Lohnarbeiter*innen waren an der Mittelmeerküste zwangsbeschäftigt (vgl. ebd.). Und selbst heute arbeiten und leben über den Globus verteilt rund 50 Millionen Menschen unter Zwang, Herrschaft und Fremdkontrolle – und viele von ihnen müssen selbst herstellen.² Der Begriff Selbermachen ist nicht nur westlich geprägt. Er ist demokratietheoretisch eingefärbt.

Ziel einer arbeitssoziologischen Studie muss es darum sein, eine derartige idiosynkratische Verengung im Vorfeld zu vermeiden. Das gilt nicht nur bezogen auf eine politische Perspektive, die in dieser Studie untersucht wird. Das gilt grundsätzlich, wenn man Arbeitsprozesse erforschen will. Das Problem dieser Begriffsverengung zeigt sich auch nicht nur im kulturhistorischen Diskurs, der das Selbermachen seit Jahren zur politischen Praxis erklärt. Es offenbart sich in der arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung, hier allerdings in beinahe umgekehrter Weise: Das Arbeitshandeln wird erst gar nicht unter politischen Gesichtspunkten untersucht. Zwar diskutiert die Arbeitssoziologie seit Mitte der 1980er Jahre einen erweiterten Arbeitsbegriff (vgl. Senghaas-Knobloch 2005; Peter/Peter 2008: 124ff.; Voß 2018: 15ff.), der Arbeit auf keine Lohnarbeit verengt – darunter fallen Formen der Eigenarbeit³, Gefühlsarbeit (vgl. Dunkel 1988; Brucks 1999), interaktiven Arbeit (vgl. Dunkel/Wehrich 2018), Care-Arbeit⁴ (vgl. Gottschlich/Katz 2018; Winker 2021; Gottschlich/Hackfort 2022) bis hin zur nachhaltigen Arbeit (vgl. Pongratz 2016; Neckel 2018; Henkel et al. 2021), und in Bezug auf die Nachhaltigkeitsdebatte nimmt die Soziologie mittlerweile sogar eine „erweiterte Subjektper-

-
- 2 Laut einer Studie der niederländischen Organisation SOMO müssen Fabrikarbeiter*innen in Ländern wie Myanmar (Burma) unter unmenschlichsten Bedingungen arbeiten und auch selbst herstellen. Vor allem Textilkonzerne wie H&M oder Takko nutzen das vom Militär kontrollierte Land als Billigwerkbank (vgl. Theuvs et al. 2017; Klawitter 2017). Nach Angabe der Vereinten Nationen leben heute rund 50 Millionen Menschen unter Bedingungen der modernen Sklaverei – darunter 28 Millionen Zwangsarbeiter*innen und 22 Millionen Zwangsverheiratete (vgl. ILO 2022).
 - 3 Der Begriff der Eigenarbeit firmiert in der Soziologie als „Oberbegriff“ für all jene Tätigkeiten, die nicht vermarktet sind, „sondern selbst geleistet“ werden (Scherhorn 2000: 350f.; vgl. auch Offe/Heinze 1990: 47).
 - 4 Der Begriff Care zielt auf vielerlei Aktivitäten ab, so etwa auf die Sorge, Fürsorge, das Versorgen, Betreuen, Pflegen, Kümern, Behüten oder Zuwenden (vgl. Gottschlich/Hackfort 2022: 307ff.). Care-Arbeit umfasst insgesamt ein Spannungsfeld von unbezahlter Hausarbeit bis zur bezahlten Sorge- und Pflegearbeit, schließt aber auch Aspekte der demokratietheoretischen Arbeit mit ein.

spektive“ ein, womit soziale, ökologische und/oder politische Sinnansprüche in Arbeit geltend gemacht werden (vgl. Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.). Allerdings werden die Arbeitsformen als kein mögliches politisches Handeln untersucht.⁵ Gleiches gilt für die Politikwissenschaft. Auch sie verweist – maßgeblich beeinflusst durch den Begriff der Subpolitik bei Beck (vgl. Beck 1986, 1993, 1994) – seit Jahren auf einen erweiterten Politikbegriff, der das Politische nicht nur auf Parteien oder die institutionelle Seite der Politik bezieht (vgl. Leggewie 1994; Meyer 2006: 158; Regier 2023: 25ff.). Als politisch gelten nunmehr Formen vom unkonventionellen Protest über alternative Lebenskonzepte bis hin zum politischen Konsum.⁶ Das Pendant zu letzterem aber, die politische Produktion, gibt es in der Forschung bis heute nicht.⁷

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie werden in dieser Studie schrittweise dargelegt. Der Hauptgrund ist allerdings der, dass sowohl in der Arbeitssoziologie als auch Politikwissenschaft eine breite Skepsis vorherrscht, Prozesse der Verökonomisierung unter gesellschaftspolitische Vorzeichen zu stellen. Diese Bedenken kann man angesichts eines entgrenzten Kapitalismus teilen, der Flexibilität, Kreativität und Selbstbestimmung zu neuen Leitlinien erklärt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Zum einen setzt diese Perspektive aber an einem Wirtschaftsverständnis an, das zwischen Wachstum und Postwachstum nicht ausreichend differenziert – vielmehr wird der Markt zur universellen Größe erklärt, dem das Subjekt restlos ausgeliefert scheint. Zum anderen werden mögliche politische Perspektiven darüber im Vorfeld ausgeblendet. Diese aber zu untersuchen, ist Aufgabe von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft. Und insgesamt lassen sich dazu drei zentrale Wissenschaftseinflüsse anführen, die darlegen, warum Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht worden ist, an die in der Folge aber angeschlossen werden kann: Erstens macht sich in der Arbeitssoziologie bis heute ein breiter Marx-Einfluss bemerkbar, der Produktivität

-
- 5 Über den Begriff Selbermachen wird in der Arbeitssoziologie dennoch ein „emanzipatorisches Potenzial“ geltend gemacht (Scherhorn 2000: 350ff.). So hebt Scherhorn Produktionsprozesse hervor, die eine enge Bindung an ein produziertes Gut nach sich ziehen und die Bereitschaft mindern, andere Produkte „schnell durch ein neueres zu ersetzen“ (ebd.: 369).
 - 6 Politischer Konsum soll in dieser Studie in Anlehnung an Michael S. Aßländer als „eine auf ethischen oder politischen Überlegungen basierende Wahl zwischen Produkten und Herstellern“ verstanden werden, um „Unternehmenspolitik oder institutionelle Strukturen zu verändern“ (Aßländer 2011: 69). Diese Definition findet sich vergleichbar auch an anderen Stellen (so etwa bei Stolle et al. 2003: 154; siehe auch Baringhorst et al. 2007: 14 oder van Deth/Zorell 2020: 395ff.).
 - 7 Die Politikwissenschaft hat mittlerweile den ethischen, politischen Konsum in die Beteiligungsforschung eingeführt (vgl. Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Jörke 2011; Nolte 2011: 10; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020; Mock 2020; Butzlaff 2020). Politische Produktion klammert sie dagegen aus. Die Gründe dafür werden im Kapitel 3.2 dargelegt. Das Kapitel 8.5.2 wird abschließend diskutieren, ob Formen des Selbstherstellens als politische Beteiligung gelten können.

mit Verökonomisierung gleichsetzt – und das Politische davon unterscheidet.⁸ Diese Perspektive findet sich bei Adorno über Horkheimer bis zu Arendt und Habermas (siehe zur Diskussion Habermas 1987: 208). Zugleich werden in der jüngeren Diskussion Naturverhältnisse in Bezug auf Marx neu thematisiert (vgl. Barth et al. 2016b; Pongratz 2016) – darin könnte man durchaus eine politische Perspektive ausmachen, weil Ökologiefragen eine politische Dimension haben. Es werden aber vorrangig die Risiken durch die Vernutzung der Ressource Arbeitskraft problematisiert – aus dem Blick geraten mögliche gesellschaftspolitische Perspektiven des Arbeitshandelns. Zweitens, auch das bezieht sich auf die Arbeitssoziologie, ist der Einfluss von Foucault auf die Subjektivierungsforschung unverkennbar. Im Gegensatz zur Politikwissenschaft, die in Bezug auf Foucault ein politisches Kritikvermögen durch die mögliche (Selbst-)Befreiung des Subjekts von gesellschaftlichen Machtstrukturen bestimmt (vgl. Marchart/Martinsen 2019: 1ff.; Sarasin 2019: 9ff.)⁹, bleibt die Stellung des Subjekts in der Arbeitssoziologie vorrangig eine Bestimmung durch Gesellschaft: Im Vordergrund steht keine (Selbst-)Befreiung des Subjekts von gesellschaftlicher Macht. Ins Zentrum rückt die *ideologische* Subjektivierung als Übermacht der Arbeit.¹⁰ Drittens, und das bezieht sich auf die politische Philosophie/Soziologie und die Politikwissenschaft, haben sich Teile der Forschung bis heute nicht von der Aristotelischen Teilung von *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Tätigsein), von Herstellen und Handeln, erholt. Aristoteles (2018 [1837]), und weiterführend dazu Hannah Arendt (2013 [1958]) und Jürgen Habermas (2017 [1969]: 9ff.), haben Produktionsformen strikt von politischem Handeln getrennt – bei Aristoteles und Arendt verläuft diese Trennung zwischen *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Handeln), bei Habermas zwischen Arbeit und Interaktion.¹¹ In dieser Perspektive ist politisches Han-

-
- 8 Diese Perspektive beschränkt sich nicht nur auf Marx. Sie findet sich auch bei Durkheims Begriff der modernen Arbeitsteilung, worüber die Zerstörung tradierter Solidarität beschrieben wird (vgl. Durkheim 1996 [1930]). Auch Webers Rationalisierungsbegriff ließe sich hinzufügen. Im Gegensatz zu Marx problematisiert Weber allerdings keine Produktionsverhältnisse. Er richtet den Blick auf die Ausdehnung kapitalistischer Wirtschaftstätigkeiten durch die bürokratische Herrschaft (vgl. Weber 1967, 2005). Die Kapitel ab 4.1.1 werden darauf zurückkommen.
- 9 Die Politikwissenschaft macht vor allem in der Foucaultschen Entunterwerfung einen Wendepunkt aus (vgl. Marchart/Martinsen 2019: 1ff.; Sarasin 2019: 9ff.). Zielt Macht bei Foucault grundsätzlich auf eine „Vervielfältigung von Kräfteverhältnissen“ ab (Foucault 1983: 94), von der sich das Subjekt nicht befreien kann, steht die Entunterwerfung für das Vermögen, über das „sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin“ zu hinterfragen (Foucault 1992 [1978]: 15). Allerdings spielen Arbeitsformen bei Foucault keine Rolle. Darum wird sein Ansatz in dieser Studie nicht weiterverfolgt, vereinzelt wird auf Foucault jedoch zurückzukommen sein.
- 10 Zwar stellt auch die Arbeitssoziologie in Anlehnung an Begriffe wie dem „Selbstregieren“ (Foucault 2008: 118f.; 2012; vgl. Mönch 2018: 61ff.), einem „Gegen-Verhalten“ (Foucault 2004: 292; vgl. Kastner 2008; Mönch 2018: 68) oder der „Entunterwerfung“ (Foucault 1992: 14, 2008: 53; vgl. Manske 2016a: 151f.) ein Widerstandspotenzial im Arbeitskontext in Aussicht. Gemeint ist aber keine arbeitsinhaltliche, normative politische Perspektive der Subjektivierung. Betont werden Formen des Widerstandes gegen arbeitsmarktbezogene Zuschreibungen (so beispielsweise bei Alexandra Manske, die „Empörungswellen“ von Kreativschaffenden in Bezug auf Foucaults Entunterwerfung in den Blick nimmt, vgl. Manske 2016a: 151f.).
- 11 Den Begriff der Interaktion arbeitet Habermas im Wesentlichen in seinem Aufsatz „Arbeit und Interaktion“ heraus (Habermas 2017 [1969]). Im Gegensatz zur Arbeit, die für Habermas für das

deln Ausdruck intersubjektiver Beziehungen, die frei von Zweckbestimmungen sind: Herstellen ist kein Handeln, die Selbstproduktion nichts Politisches.¹² Das Politische ist das Handeln frei von Zwecken – frei von Herstellen.

Die Frage drängt sich förmlich auf, ob diese Perspektive angesichts neuer klimatischer Herausforderungen und notorischer Dauerkrisen heute noch Bestand hat: Ist der Zweck, *Telos*, in der Tradition Arendts „Zweckprogressus ad infinitum“ (Arendt 2013: 183) und bei Habermas erfolgsorientiertes Handeln (Habermas 1987 [1981]: 131ff.), noch auf Nutzenmaximierung oder Fremdbestimmung reduzierbar? Oder steht er – nichts anderes behaupten weite Teile der Designforschung – für ein neues Problembewusstsein und heutige gesellschaftliche Lösungskompetenz? Selbst Ansätze der politischen Philosophie und Politikwissenschaft, nicht zuletzt die des Pragmatismus, sehen in Zweck-Mittel-Relationen ein politisches Vermögen.¹³ Hat das, was Arendt und Habermas ausgeschlagen haben, eine politische Perspektive auf zweckbezogene Produktionsverhältnisse, eine neue politische Dimension? Die vorliegende Studie nimmt sich dieser Frage an. Und sie hat nicht nur explorativen Charakter, weil entsprechende Studien fehlen. Sie ist als interdisziplinäres Forschungsprojekt zu verstehen, da sie die Forschungsbereiche aus Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft mit der Nachhaltigkeits- und Designforschung zusammenführt.

Damit verfolgt die Studie zwei Ziele: Sie untersucht erstens die Arbeitsformen empirisch. Sie skizziert zweitens die Entwicklung von Herstellungskontexten im historischen Verlauf. Zum einen steht damit der Wandel der Arbeitswelt um Leitbegriffe wie Kreativität, neue Nachhaltigkeit, die Atypisierung und Projektförmigkeit von Arbeit unter den Bedingungen der Flexibilisierung¹⁴ im Zentrum. Zum anderen wird an die Debatte um die Transformation der „politischen Gesellschaft“ (Greven 2000) um Begriffe wie „Subpolitik“ (1986, 1993), „Mikropolitik“ (Krause/Rölli 2010) oder die „Politisierung von Lebensstilen“ (Baringhorst 2015: 18) angeknüpft – was Gesellschaft in hohem Maße verändert. Die Zunahme von Kontingenz (vgl. Joas 1996; Greven 2000, 2009; Thaa 2011), von Unbestimmtheit, spielt dabei genauso eine Rolle wie der gestiegene Anspruch an Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Und die Frage ist, wie sich dieser Wandel in Arbeitsprozessen vollzieht.

Zweckgerichtete und Instrumentelle steht, bildet die Interaktion das verständigungsorientierte Handeln ab. Habermas wendet sich damit zum einen von Hegel ab, der Arbeit und Interaktion als Akt der „Emanzipation von der Gewalt äußerer wie innerer Natur“ versteht (Habermas 2017 [1969]: 35). Zum anderen geht er zu Marx auf Distanz (vgl. Lieb 2005: 174; Voß 2018: 40f.), da Marx kommunikatives Handeln auf instrumentales zurückführe und eine Gesellschaftsutopie entwerfe, in der Arbeit das Kommunikative durchdringt (siehe zur Vertiefung die Kapitel 4.1.1 und 8.2.4).

- 12 Auf Aristoteles und Hannah Arendt wird im Kapitel 4.1.2 gesondert eingegangen. Im Kapitel 4.1.4 wird auf die Poiesis-Praxis-Relation Bezug genommen.
- 13 Auf einzelne Ansätze wird in dieser Studie zurückzukommen sein. Die Kapitel 4.1.7 und 4.3.2d sowie 4.3.2f widmen sich dem Schwerpunkt Design. Ansätze des Pragmatismus werden in den Kapitel 4.1.4 und abschließend unter 8.2.1 behandelt. Das Kapitel 4.1.4 wird zudem Ansätze aus politischer Philosophie und Politikwissenschaft im Kontext der Selbstproduktion diskutieren.
- 14 Vgl. Dettling 2000: 202ff.; Keller/Seifert 2013; Dütsch/Struck 2014; Dörre 2014, 2017; Minssen 2012: 49ff.; Schmidt 2018; Kleemann et al. 2019: 26ff.

2.1 Forschungsleitende Fragestellung

Die Forschungsfrage dieser Studie lautet:

Mit welchen Zielen stellen Akteure Produkte selbst her?

Weiterführend geht es damit um folgende Fragen:

Handeln Arbeitssubjekte mit gesellschaftspolitischen Zielen, wenn sie Produkte nach ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien selbst herstellen? Welches Selbstverständnis liegt ihrem Arbeitshandeln zu Grunde? Verstehen die Akteure sich und ihr Handeln als politisch? Wenn ja, was verstehen sie dann unter Politik/dem Politischen und wie drücken sich die Zielsetzungen in den Arbeitsprozessen, der Produktgestaltung und Umsetzung aus?

Untersucht werden folglich keine politischen Einstellungen als Ausdruck individueller Orientierungen und als Reaktion auf politische Situationen und Objekte (vgl. Gabriel et al. 2020: 30ff.; Gabriel 2020: 230ff.). Auch geht es um keine *policy*-Orientierungen, die sich nur auf einzelne Politikfelder beziehen (vgl. Trüdinger 2020). Gefragt wird, ob es sich um politische Akteure handelt. Dazu wird auf das Konzept des „Selbstverständnis als politischer Akteur“ (Niedermayer 2005: 20; Massing 2012: 264) zurückgegriffen, das jedoch modifiziert wird. Inhaltlich bewegt sich die Studie dazu anhand zweier Pole: Zum einen wird an der Beobachtung angesetzt, dass Arbeit in der Gesellschaft an Bedeutung gewonnen hat und für neue Sinnkontexte steht (vgl. Baethge 1991; Koppetsch 2006) – und die Frage ist, ob Sinnbezüge politisch sind. Zum anderen steht die Entwicklung im Mittelpunkt, dass das Interesse an Politik und Gesellschaft über die Jahre konstant hoch ist¹⁵, das Ansehen von Parteien jedoch schwindet und sich politische Ausdrucksmöglichkeiten pluralisieren – verbunden mit der Frage, ob das Arbeitshandeln Ausdruck dieser Pluralisierung ist.

2.2 Ausgangsthesen, Forschungsrahmen, Wissenschaftszugänge

Von welchen Ausgangsthesen¹⁶ ist in dieser Studie auszugehen? Welche Wissenschaftszugänge sind wichtig? Zunächst lassen sich in historischer Perspektive drei zentrale Thesen formulieren, die sich auf den Zusammenhang von Arbeit und Politik beziehen – und die ab Kapitel 4.2 Gegenstand sein werden: Erstens sind die Formen des Selbermachens und Selbstherstellens historisch weder neu noch sind sie nur auf atypisierte Arbeitsfelder oder politische Praxen reduzierbar. Prozesse des Selbermachens und Selbstherstellens finden sich in nahezu sämtlichen historischen Kontexten. Darum ist das Selberma-

¹⁵ Vgl. Maier 2000a: 142; Neller 2002: 489ff.; van Deth 2013b; Blühdorn 2013: 63.

¹⁶ Die Ausgangsthesen beziehen sich allerdings nur auf eine historisch-theoretische Betrachtung von Arbeit und Politik, um Veränderungen von Herstellungs- und Politikformen ab Kapitel 4.2 im historischen Verlauf aufzuzeigen. Für den empirischen Teil werden dagegen keine Ausgangsthesen zur Überprüfung formuliert – es werden Thesen im Sinne der Erkenntnisgewinnung generiert.

chen zunächst auch nur als soziales Handeln zu verstehen, das Selbstherstellen ist die materialisierte Produktionsform des Selbermachens (vgl. Kapitel 4.1.5). Zweitens haben sich gesellschaftspolitische Perspektiven im Kontext des Selbstherstellens erst entwickelt, als Arbeit aufgewertet und ökonomisiert wird – das Handwerk gerät ökonomisch unter Druck. Zugleich entsteht ein gesellschaftspolitisches Bewusstsein im Arbeitskontext, das sich gegen die Verökonomisierung richtet. Drittens gehen aus der Selbstorganisation der Bürger*innen ab dem 18. Jahrhundert sozialstaatliche Organisationen und Institutionen hervor (Parteien, Gewerkschaften etc.), ehe sie heute, das wird im historischen Teil ab 4.3.2 zu zeigen sein, durch den Anspruch an Selbstbestimmung in Frage gestellt werden.

Für diese Studie heißt das, dass im historischen Teil der Bedeutungswandel von Arbeit und Politik skizziert wird (ab Kapitel 4.2). Die Verzahnung von Arbeit und Politik steht dabei genauso im Zentrum wie die Ökonomisierung von Arbeit. Im empirischen Teil wird anknüpfend daran gefragt (und untersucht), wie sich die Arbeitsformen des Selbstherstellens gestalten, und ob die Akteure mit politischen Zielen handeln. Dazu wird auf empirischer Ebene auf Methoden der Grounded Theory zurückgegriffen. Auf theoretischer Ebene schließt die Studie gleich an ein ganzes Bündel von Ansätzen an, die ab Kapitel 4 diskutiert werden. Wie bereits angeführt, bildet Hannah Arendts Triade von Arbeit, Herstellen und Handeln den Ausgangspunkt. Arendt hat in „Vita activa“ (2013 [1958]) nicht nur die Veränderungen der Arbeitswelt herausgearbeitet, die sich auf heutige Verhältnisse beziehen lassen. Sie hat Arbeit und Herstellen in Beziehung zum politischen Handeln gesetzt, alle drei Bereiche jedoch voneinander getrennt – und die Frage ist damit, wie sich Arbeits- und Politikformen heute auf der Handlungsebene vollziehen. Dazu reicht allerdings Arendts Triade nicht aus, weder theoretisch noch empirisch. Arendt hat zwar einen ontologisch normativen Politikbegriff entworfen, der sich als „begründete Handlungstheorie“ (Grevén 1993: 89) verstehen lässt – und sie hat damit die konstitutiven gesamtgesellschaftlichen Bedingungen für das Handeln herausgearbeitet, das sie aus dem metaphysischen politischen Denken der Platonisch-Aristotelischen Lehre herleitet. Das Handeln hat allerdings mehr eine übergeordnete Dimension. Es steht für einen Möglichkeitsraum, über den die Subjekte in Beziehung zueinander treten und politisch werden (können). Das Handeln ist bei Arendt aber weder empirisch begründbar noch an klaren Kategorien messbar. Hannah Arendt hat sich sogar vehement gegen empirische Evidenzen im Kontext des Handelns ausgesprochen.¹⁷ Darum braucht es weitere Ansätze.

Ausgehend vom kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens, der die Produktionsformen vielfach zum politischen Handeln oder zur politischen Beteiligung¹⁸ erklärt,

17 Hannah Arendt hat sich mit aller Vehemenz dagegen ausgesprochen, politische Vorgänge wie die Konstruktion eines Stuhls zu betrachten oder berechnen zu wollen (vgl. Arendt 2013: 181ff.) – schon darum ist das Herstellen für sie nichts Politisches. Schon deshalb kann Arendt für keine empirische Analyse herangezogen werden.

18 Was politische Beteiligung meint, wird indes nicht definiert. Auch wird unter Beteiligung in der Forschung unterschiedliches verstanden. So versteht die Arbeitssoziologie darunter mehrheitlich Mitbestimmungsprozesse im Betrieb (vgl. Merz/Wolff 1990: 42). In der Designforschung gilt Beteiligung dagegen entweder als „Teilhabe an Planung und Gestaltung der artifiziiellen Umwelt“ (Mareis 2013: 10) oder als Form „des politischen Aktivismus im Kontext von gesellschaftlichen und

lassen sich drei zentrale Wissenschaftszugänge anführen, in deren Spannungsfeld der Zusammenhang von Herstellungskontexten und politischen Prozessen untersucht werden kann: Erstens geht es um einen mikrosoziologischen Zugang, der die Zielsetzungen auf Akteursebene empirisch in den Blick nimmt. Gemeint ist, wie dargelegt, ein methodisch-qualitativer Ansatz, der sich an die Grounded Theory¹⁹ anlehnt und der eine offene Forschungsperspektive zulässt (vgl. Glaser/Strauss 2010 [1967]; Kleemann et al. 2009; Kelle/Kluge 2010). Zugleich ist aber die Reflexion von Subjektivierungsprozessen auf theoretischer Ebene von Relevanz. Dazu wird einerseits an die These der *normativen* Subjektivierung von Arbeit bei Baethge angeknüpft (Baethge 1991, 1994a, 1994b), die eine Zunahme von Sinnkontexten in Arbeitsprozessen prognostiziert. Andererseits wird auf die *aktive* Subjektivierung Bezug genommen, die in der Arbeitssoziologie mehrheitlich für die Zunahme von Erfordernissen in der Arbeitswelt steht²⁰ – und die Frage ist, ob Aktivierung heute auch im politischen Sinne zu verstehen ist: Aktivieren sich Subjekte gesellschaftspolitisch über ihr Arbeitshandeln? Für den theoretischen Teil bedeutet das, den arbeitssoziologischen Diskurs um den „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2004)²¹, das „unternehmerische Selbst“ (Bröckling 2007)²² und den „neuen Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2003)²³ zum Ausgangspunkt zu nehmen, Subjektivierung aber auf keine Marktsubjektivierung zu reduzieren. Vielmehr gilt zu fragen, ob sich kreative Arbeit als politische Mobilisierung verstehen

politischen Fragestellungen“ (ebd.: 17). Die Politikwissenschaft unterscheidet wiederum grundsätzlich zwischen konventionellen/unkonventionellen und institutionalisierten/nicht-institutionalisierten Formen der Partizipation (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396) – zu ersteren gehören die Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften o.ä., zu zweiten Bürgerbeteiligungen, Protest, Widerstand oder der politische Konsum (siehe weiterführend dazu Kaase/Marsh 1979: 42; Kaase 1982, 1997; Niedermayer 2005: 195; Pickel 2012: 41; 2018: 183; Landwehr 2020; Gabriel 2022).

- 19 Das genaue methodische Vorgehen wird ab Kapitel 6 dargelegt.
- 20 Vgl. Kleemann et al. 2003: 91ff.; Voß/Weiß 2005: 140; Kleemann et al. 2019: 170ff.
- 21 Die These zum Arbeitskraftunternehmer von G. Günter Voß und Hans J. Pongratz beschreibt den Wandel vom verberuflichten Arbeiternehmer hin zum verbetrieblichten Typus Arbeiter, der seine eigene Arbeitskraft heute wie ein Unternehmer in neue Marktkontexte einbringen muss (vgl. Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2004) – eine verstärkte Selbstorganisation und Selbstkontrolle sowie die zunehmende Selbstökonomisierung seien die Folgen (vgl. Pongratz/Voß 2004: 14f.).
- 22 Bröcklings „Das unternehmerische Selbst“ schließt nahtlos an den „Arbeitskraftunternehmer“ bei Voß/Pongratz und den „neuen Geist des Kapitalismus“ bei Boltanski/Chiapello an. Im Gegensatz zu Voß/Pongratz, die vom verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer sprechen, erweitert Bröckling die Perspektive auf eine übergeordnete ideologisierte Form der Subjektivierung. Das Augenmerk richtet sich damit weniger auf die betriebliche „Subjektivierung von Arbeit“, vielmehr auf eine gesamtgesellschaftliche „Arbeit der Subjektivierung“ (Bröckling 2007: 48; siehe zur Vertiefung das Kapitel 2.3).
- 23 Mit dem „neuen Geist des Kapitalismus“ beschreiben Boltanski/Chiapello den Wandel von Kapitalismus- und Kritikformen (Boltanski/Chiapello 2003). Das Neue am heutigen Kapitalismus und entsprechenden Kritikformen sei, dass der moderne Kapitalismus im Gegensatz zu allen vorherigen Formen die gegen ihn gerichtete Kritik marktkonform verwerte: Das, was einst Kritikformen waren, das Einfordern von flachen Hierarchien und Mitbestimmungen, seien die heutigen Wesensmerkmale einer flexiblen Ökonomie.

lässt; und das heißt auch, dass Arbeit im Vorfeld weder auf Lohnerwerbsarbeit reduziert werden kann noch lassen sich nur erwerbsfreie Arbeitsformen untersuchen – genau das ist ein Problem der Forschung. Auf der einen Seite wird kreative Arbeit heute unter Begriffen wie der „künstlerisch-kreative[n] Arbeit“ (Manske 2016a: 35ff.) als vorrangig erwerbsförmige Arbeit in den Blick genommen – damit werden Arbeitsformen ökonomisch verengt, diese Verengung wird im nächsten Schritt wiederum kritisiert. Auf der anderen Seite werden die Arbeitsformen des Selbermachens aus der Ökonomisierungszone entfernt – und darüber politisiert, weil sie als erwerbsfreie Arbeiten gelten. Wichtig ist darum ein neutraler Zugang, und das heißt, dass zunächst nur die Eigeninitiative und das Selbstherstellen konstitutiv für das Handeln sind, verbunden mit der Frage, ob sich darin politische Zielsetzungen zeigen.

Zweitens knüpft die Studie an die Politikwissenschaft an. Ziel ist es hier, die *normative* und *aktive* Subjektivierung der Arbeitssoziologie auf politische Aspekte hin zu untersuchen. Wie unter Punkt 2 dargelegt, ist Arbeitshandeln in der Politikwissenschaft bislang keine politische Kategorie.²⁴ Zum einen heißt das empirisch nach den Zielsetzungen der Akteure zu fragen – es geht um das bereits angesprochene mögliche „Selbstverständnis als politischer Akteur“ (Niedermayer 2005: 20). Zum anderen ist auf theoretischer Ebene von Interesse, inwiefern Kreativität politische Initiativität bedeutet – und damit für mögliche Formen der Subpolitik steht (vgl. Kapitel 4.3.2b).

Drittens wird die arbeitssoziologische und politikwissenschaftliche Perspektive mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verknüpft, was einleitend bereits angeführt wurde und schon darum unvermeidbar ist, weil ökologische und fair-soziale Produktionsprozesse untersucht werden – damit steht die Design-²⁵, Nachhaltigkeits- und Social-Entrepreneurship-Forschung²⁶ im Zentrum. Begriffe wie „Social Design“ (vgl. König 2014; Banz 2016; Rölli 2016), „nachhaltiges Design“²⁷, „Public Interest Design“ (Braun 2018; Recklies 2018; Achatz 2021) oder „nachhaltiges Unternehmertum“²⁸ sind hier von

-
- 24 Dass Arbeit in der Politikwissenschaft keine Kategorie des Handelns ist, muss präzisiert werden. So kommt Arbeit durchaus im Bereich *Policy Entrepreneurship* vor. Allerdings wird hier, in Bezug auf Schumpeters Konzeption der schöpferischen Zerstörung, das Unternehmerische als Ausbrechen von Routinen vorausgesetzt. Genauso gilt das Handeln als an die Politik adressiertes Handeln, um Wandel herbeizuführen. Im Kapitel 3.2 wird darauf zurückzukommen sein.
 - 25 Die Designbranche wird in der Forschung unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: So stellt die arbeitssoziologische Forschung vorrangig Marktzugänge und Prekaritätsrisiken heraus (so etwa bei Manske 2016a). Im Kontext von CSR werden dagegen Nachhaltigkeitsaspekte betont (vgl. Haddick 2018), an anderer Stelle werden neue Postwachstumsperspektiven (vgl. Paech 2013), Aspekte von Social Design (so etwa bei Rölli 2014, 2016; Banz 2016) oder Design als politisches Design beleuchtet (so beispielsweise bei Fry 2011; DiSalvo 2012; von Borries 2016; Braun 2018; Recklies 2018 oder Unteidig 2018).
 - 26 Der Begriff Entrepreneurship steht im engeren Sinne für „Unternehmertum“ und zielt auf die „berufliche Selbständigkeit“ ab (Grimm 2011: 444). Eine einheitliche Definition gibt es jedoch nicht. Wie Heike Grimm darlegt, kam der Begriff zuerst im militärischen Kontext im Mittelalter auf. In der politischen Ökonomie wird er erstmals im 18. Jahrhundert ausführlich diskutiert (vgl. ebd.).
 - 27 Vgl. Fuhs et al. 2013; von Borries 2016; Geiger 2016, 2018; Hartung 2017; Gessmann 2020; Lang 2020; Tromp et al. 2020.
 - 28 Das Politische wird hier meist mit Verweis auf Schumpeter als Ausdruck von Innovation verstanden (so etwa bei Clausen 2004: 81ff. oder Grimm 2011: 445): Politisch ist unternehmerisches Handeln dann, wenn Neues geschaffen wird und gesellschaftliche Probleme gelöst werden (siehe weiter-

zentraler Bedeutung. Die Ansätze ergänzen Arendts Dreiteilung in Arbeit, Herstellen und Handeln; sie nehmen einen erweiterten Blick auf Produktionsverhältnisse ein, wenngleich sie unterschiedliches hervorheben: Während der kulturhistorische Diskurs das Selbermachen mehrheitlich zur marktfernen Zone erklärt, steht in der Design- und Entrepreneurship-Forschung das Unternehmerische für neue Formen von Politik.

Zusammengefasst heißt das, dass die hier vorgestellten Zugänge ganz unterschiedliche Schlaglichter auf die Formen des Selbermachens/Selbsterstellens werfen. Sie lassen sich insgesamt jedoch als Subjektivierungsprozesse im Spannungsfeld von Arbeit und Politik verstehen – und als solche untersuchen. Im nächsten Schritt wird dazu dargelegt, was unter Subjektivierung zu verstehen ist und welcher Zugang sich anbietet – und wie der arbeitssoziologische Diskurs mit der politikwissenschaftlichen Forschung verbunden werden kann.²⁹

2.3 Subjektivierung als Forschungszugang

Subjektivierung meint, und diese Sichtweise ist zunächst grob vereinfacht, ein Spannungsfeld von Bedürfnissen und Notwendigkeiten. Die Soziologie untersucht dazu die Ansprüche der Subjekte und die Mechanismen des Marktes, der sich diese Ansprüche zunutze macht. Die Politikwissenschaft versteht unter Subjektivierung³⁰ Prozesse, worüber sich Subjekte politisch einbringen, sprich politisch subjektivieren, aber auch eine Verflachung des Politischen, wonach durch eine Entgrenzung des Politischen alles politisch werde – dafür wurden Begriffe wie die Subpolitik (Beck 1993), Life-Politics (1991) oder Postdemokratie (Crouch 2015 [2008]) geprägt. Die Studie nimmt dieses Spannungsfeld in den Blick und fragt: Handeln Subjekte, die Produkte selbst herstellen,

führend Schaltegger/Petersen 2001; Becker 2010: 97ff.; Hockerts/Wüstenhagen 2010; Hackenberg/Empter 2011: 11ff.; Stein 2011, 2015).

29 Dass Subjektivierung politisch gedacht werden kann, oder muss, macht bereits die sogenannte „Urszene der Subjektivierung“ (Saar 2013: 19) bei Althusser deutlich. Althusser hat im Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ in den 1970er Jahren dargelegt (Althusser 2010 [1970]), wie sich im Zuge der Proteste des Pariser Mai 1968 eine Unterwerfung des Subjekts durch die *Interpellation* (Anrufung) vollzieht. Althusser schildert dazu die viel zitierte Szene, wie ein Spazierender auf der Straße von einem Polizisten die Anrufung „He, Sie da!“ erhält. Der Angerufene dreht sich um und macht sich zum Subjekt – weil er der Anrufung folgt. Subjektivierung bedeutet in diesem Zusammenhang, sich durch Gesellschaft bestimmen zu lassen. Das Subjekt könnte die Anrufung aber auch ignorieren oder Widerstand leisten. Letzteres ließe sich als Form der politischen Subjektivierung durch Widerstand oder eines Widersetzens verstehen.

30 Die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* haben für die Politikwissenschaft vor allem Beck (1993) und Rancière (2002, 2014) geprägt. Beck beschreibt darüber das Aufkommen neuer Subpolitiken – und skizziert einen Machtzerfall der Institutionen einerseits und erweiterte Spielräume für die Subjekte andererseits. Rancière dagegen versteht unter politischer Subjektivierung „eine Vielheit, die nicht in der polizeilichen Verfassung der Gemeinschaft gegeben war“ (Rancière 2002: 47); Rancière problematisiert keinen Machtzerfall der Institutionen. Er stellt den Dissens heraus, der die politische Ordnung untergräbt. Die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* finden sich vereinzelt auch bei anderen Autor*innen, so etwa bei Arendt (2013), Martens (2013, 2014) oder Blühdorn (2013, 2018), wenngleich sie nicht immer systematisch verwendet werden. Die Kapitel ab 4.3.2 werden auf die wichtigsten Ansätze zurückkommen.

mit politischen Zielen? Ist Arbeitshandeln eine Form der *politics* (politisches Handeln) im politikwissenschaftlichen Sinne? Im Zentrum stehen die Zielsetzungen und die Arbeitsprozesse als solche, zugleich geht es um die Veränderungen der modernen Arbeitswelt: Wie haben sich Herstellungsprozesse im historischen Verlauf gewandelt? In welchem Verhältnis standen Arbeitsproduktion und Arbeitspolitik, in welchem stehen sie heute? Wie greifen Arbeit und Politik auf der Subjektebene ineinander? Und das heißt: Wie subjektivieren sich Subjekte? Wie werden sie subjektiviert?

Untersucht wird damit die „erweiterte Subjektperspektive“³¹ aus der Arbeitssoziologie (vgl. Warssewa 2016: 47; Becke/Warssewa 2017: 25ff.), die in den letzten Jahren vermehrt in den Blick geraten ist. Subjektivierung reduziert sich hier auf keine Risiken oder Anforderungsstrukturen, denen die Arbeitssubjekte im Kapitalismus ausgesetzt sind. „Erweiterte Subjektperspektive“ meint, dass sich Subjektivierungsprozesse auf den gesellschaftlichen Nutzen durch soziale, ökologische und/oder politische Sinnansprüche in Arbeit beziehen (können). Allerdings ist die erweiterte Subjektperspektive bislang unter keinen politikwissenschaftlichen Aspekten untersucht worden. Darum wird in dieser Studie der Versuch unternommen, die existierenden Subjektivierungskategorien aus der Arbeitssoziologie mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu verknüpfen. Das setzt zunächst die Klärung voraus, was unter Subjektivität und Subjektivierung zu verstehen ist, da Subjektivierung auf Subjektivität basiert, Subjektivität aber nicht unmittelbar Subjektivierung bedeuten muss. Unter Subjektivität soll in dieser Studie in Anlehnung an Uwe Schimank die „Eigenschaft von Personen“ verstanden werden. Subjektivität beschreibt „das Verhältnis einer Person zu sich selbst“ und zur „Umwelt“ (Schimank 1986: 75) – sie nimmt die „konstitutiven Leistungen des Einzelnen“ in den Blick, was Fähigkeiten und Fertigkeiten umfasst. Subjektivität bildet somit das Spannungsfeld aus möglicher „Selbstbestimmung“ und „Bestimmung durch Gesellschaft“ ab (Kleemann et al. 2003: 59).³² Subjektivierung ist dagegen der Prozess. Sie steht für den „praktische[n] Vollzug“ (Müller 2013: 61ff.; siehe auch Saar 2013: 17). Der Begriff zeigt an, dass etwas „auf ‚Subjekte‘, ‚Subjektives‘ bzw. ‚Subjekthaftes‘ Bezogenes zunimmt“ (Kleemann et al. 2003: 58) – das kann sich auf die Selbstbestimmung des Subjekts im Arbeitskontext beziehen. Das können gesellschaftliche Anforderungen, aber auch politische Zielsetzungen sein. Bei Subjektivierung geht es immer um das Wechselverhältnis zwischen Person und Gesellschaft.³³

31 Die „erweiterte Subjektperspektive“ der Nachhaltigkeit geht über die „Arbeitskraftperspektive“ (Schonung der Ressource Arbeitskraft, Beschäftigungsfähigkeit, Soziale Sicherheit, Einkommen) und die „arbeitsbezogene Subjektperspektive“ (Herausbilden von Fähigkeiten, Anerkennung über Arbeit, Entfaltung der Persönlichkeit, Sinnkontexte in Arbeit) hinaus: Sie stellt den gesellschaftlichen Nutzen von Arbeit als „neue Ansprüche an Arbeit und Nachhaltigkeit“ ins Zentrum – in Form sozialer, ökologischer oder politischer Zielsetzung, die sich in Sozialverträglichkeit, Umweltverträglichkeit o.ä. zeigt (vgl. Becke/Warssewa 2017: 25ff.).

32 Gemeint ist der im Problemaufriss angeführte Einfluss von Foucault auf die Forschung. In dieser Perspektive ist das Subjekt nie nur autonom. Es ist immer „Träger gesellschaftlicher Eigenschaften“, die es zugleich reproduziert (Kleemann/Voß 2018: 15ff.).

33 Subjektivierung muss sich nicht nur auf zwischenmenschliche Kommunikation beziehen. Sie kann auch Ausdruck von Interaktionen zwischen Mensch, Tier und Umwelt sein (vgl. Spittler 2002: 11 oder Böhle 2018: 192).

Das Problem ist, dass die Arbeitssoziologie bislang Subjektivierungskategorien entwickelt hat, die sich empirisch untersuchen lassen, die Politikwissenschaft nicht. In der Politikwissenschaft tauchen die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* eher sporadisch auf, vor allem sind sie demokratietheoretisch fundiert. Damit fehlt bis heute ein mikrospezifischer Zugang für eine politikwissenschaftliche Betrachtung auf Arbeit (Subjektivierung von Arbeit). Darum werden im Folgenden die vier existierenden Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie (siehe dazu Kleemann et al. 2003: 91 sowie Voß/Weiß 2005: 140) in Beziehung zu einer möglichen politikwissenschaftlichen Perspektive gesetzt – herausgearbeitet wird eine „erweiterte Subjektperspektive“ an der Schnittstelle zur politikwissenschaftlichen Forschung. Zentrale Frage ist, ob sich soziale, ökologische oder politische Sinnansprüche (vgl. Becke/Warsewa 2017: 25ff.) in Produktionsprozessen als politisches Handeln erkennen lassen.

Wie sehen die vier existierenden Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie aus? Erstens lässt sich die sogenannte *kompensatorische* Subjektivität anführen, die auf das „praktische Arbeitshandeln von Personen als Folge zunehmend komplexer technischer bzw. organisatorischer Vorgaben“ abzielt (Kleemann et al. 2003: 89). Die *kompensatorische* Subjektivität verweist darauf, dass den Arbeitenden Anforderungen und Strukturen „relativ starr vorgegeben“ sind (ebd.).³⁴ Diese Form kann für diese Studie im Grunde vernachlässigt werden, weil es um keine starren Vorgaben geht, die befolgt werden müssen.³⁵ Anders sieht das bei der zweiten Form, der *ideologisierten* Subjektivität, aus. Hier steht die „Prägung der Person durch diskursiv bzw. kulturell vermittelte Sinnstrukturen von Arbeit und Beschäftigung“ im Zentrum (ebd.: 91). Diese Form ist insofern von Relevanz, weil gefragt werden kann, ob der Diskurs um Nachhaltigkeit oder kreative Arbeit Subjektivität erzeugt: Werden Ansprüche an kreative Arbeit oder politische Zielsetzungen diskursiv hervorgebracht? Und in welchem Wechselverhältnis stehen dann die „Selbstbestimmung“ des Subjekts und die „Bestimmung durch Gesellschaft“ (ebd.: 59)? Die dritte Form ist die *strukturierende* Subjektivität, die auf Prozesse der Selbststrukturierung abzielt. Hier geht es darum, „selbst Strukturen zu schaffen“ – zentral für das Handeln ist die „praktische Organisation der Arbeitstätigkeit“ (ebd.: 89). Auch diese Form kann von Relevanz sein, weil sie auf die Sicherung eines „effizienten Ablaufs der Arbeit“ abzielt (ebd.: 33). Hier lässt sich fragen, ob und wie sich die Subjekte strukturieren, um ihre Ziele zu verwirklichen. Bei keiner der hier genannten Formen spielt allerdings eine arbeitsinhaltliche normative Perspektive eine Rolle, also eine erweiterte Subjektperspektive, um die es in dieser Studie geht. Diese Form der Subjektivität zeigt sich erst

34 Die *kompensatorische* Subjektivität wurde bislang vor allem in betrieblichen Prozessen untersucht. Sie weist auf regulierende Eingriffe seitens der Individuen hin, „um Störungen des formalisierten Arbeitsprozesses flexibel zu bewältigen bzw. deren Entstehung zu verhindern“ (Kleemann et al. 2003: 89).

35 Kleemann et al. unterteilen die vier Formen zusätzlich in *aktiv* und *reaktiv*: Die *strukturierende* und *reklamierende* werden als *aktive* Subjektivierungsformen begriffen, die *kompensatorische* und *ideologisierte* Subjektivierung als *reaktive* (vgl. Kleemann et al. 2003: 89). Da in dieser Studie Aktivierungsprozesse im politischen Sinne untersucht werden, sind in erster Linie die *aktivierenden* Subjektivierungsformen von Interesse, wenngleich auch die *reaktive* als *ideologische* Subjektivierung von Bedeutung ist, da Aspekte der Nachhaltigkeit, des Selbermachens und kreative Arbeit immer auch diskursiv erzeugt werden.

bei der vierten, der *reklamierenden* Subjektivität, und sie ist die Form, die sich mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive verbinden lässt:³⁶ Die *reklamierende* Subjektivität stellt „sinnhafte Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung“ in „Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Sinn-Strukturen“ voran (ebd.: 90). Reklamierend bedeutet, dass sich normative Sinn-Strukturen im Arbeitskontext verkörpern. Damit geht es um die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991), um Ziele, die sinnhaft sind und eingefordert werden – Kleemann et al. beschreiben die *reklamierende* Subjektivität auch als „an die Gesellschaft und ihre Institutionen gerichtete Formulierung alternativer Orientierungen und Aspirationen“, die die „Forderung nach deren Berücksichtigung“ nach sich ziehen kann (ebd.). In dieser Studie kann dazu gefragt werden, ob sich der Sinn der Arbeit mit politischen Zielen verbindet: Reklamieren die Subjekte politische Ziele in Arbeitsprozessen? Stellen sie politische Forderungen? Ist die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) politisch?³⁷

Zusammengefasst heißt das, dass im Folgenden auf der Subjektebene nach einem „Selbstverständnis als politischer Akteur“ gefragt wird (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Massing 2012: 264). Eine solche Perspektive ist bislang unerforscht. Wie bereits dargelegt, verfolgt die Studie jedoch nicht nur das Ziel, die Arbeitsformen empirisch zu untersuchen. Es geht auch um eine historische Betrachtung auf die Subjektivierung von Arbeit und Politik. Hier stellt sich die Frage, wie sich Herstellungs- und Subjektivierungsformen im Zeitverlauf gewandelt haben: Seit wann können sich Arbeitssubjekte über Herstellungskontexte politisch ‚subjektivieren‘? Wie werden sie zugleich gesellschaftlich ‚subjektiviert‘? Welchen Anforderungen waren und sind sie heute ausgesetzt? Dazu lassen sich vier historische Phasen bestimmen, die ab Kapitel 4.2 Gegenstand sein werden, und woran die empirische Studie anschließt.³⁸ In der ersten Phase, die in der Antike einsetzt³⁹, ist Arbeit gesellschaftlich geringgeschätzt. Arbeitshandeln und politische Subjektivierung schließen sich aus. Wer frei ist, ist frei von Arbeit. In der zweiten

36 Voß/Weiß haben die vier Formen der Subjektivität an anderer Stelle in einer neuen tabellarischen Übersicht dargestellt (siehe dazu Voß/Weiß 2005: 140). Die Formen sind dazu unterteilt in die *normative* und *kompensatorische* Subjektivität, die sich vorrangig in den 1980er Jahren herausgebildet haben. Davon werden die *aktive* und *ideologische* Subjektivierung unterschieden, die sich auf den Zeitraum ab den 2000er Jahren beziehen. Voß/Weiß unterscheiden in dieser Übersicht allerdings nicht zwischen *reaktiv* und *aktiv*, sondern zwischen *praktisch* und *kulturell*: Auf der praktischen Ebene sind die *kompensatorische* und *aktive* Subjektivierung angesiedelt, auf der kulturellen die *normative* und *ideologische* Subjektivierung (vgl. ebd.).

37 Angemerkt werden muss allerdings, dass sich die *reklamierende* Subjektivität nicht nur auf die oben genannten alternativen Orientierungen und Aspirationen oder auf entsprechende Forderungen reduzieren muss, die daraus resultieren (können). Reklamierend kann auch bedeuten, dass die Gesellschaft Ansprüche stellt (*reklamiert*) und die Subjekte diesen Ansprüchen (bewusst wie unbewusst) nachkommen – in dem Falle wäre die *reklamierende* Subjektivität eine *ideologische* Subjektivierung, weil Subjekte Sinnstrukturen in „Wechselwirkungen mit ihrer sozialen Umgebung an die eigene Arbeits- und Lebenswirklichkeit“ anpassen (Kleemann et al. 2003: 90).

38 Die Phase des Dritten Reichs wird in dieser Studie nicht gesondert betrachtet. Sie weist spezifische Merkmale und Muster auf, zu denen es eine eigenständige Analyse bräuchte.

39 Wie eben dargelegt, hat es eine erste Form des gesellschaftspolitischen Zuspruchs an das Handwerk bereits vor der Antike gegeben, die aber in einer historischen Betrachtung wenig Gewicht hat. Im Kapitel 4.2.1a wird darauf Bezug genommen.

Phase, die nach dem Niedergang der Polis-Staaten ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. ihren Anfang findet, wird Arbeit schrittweise aufgewertet: Das Zunftwesen kommt auf. Handwerker*innen können sich im Rahmen der Zunft politisch subjektivieren – allerdings ist die Mitgliedschaft in der Zunft die „Voraussetzung für die vollberechtigte Teilhabe an der stadtbürgerlichen Gemeinschaft“ (Schulz 2010: 66). In der dritten Phase, die sich ab dem 18. Jahrhundert vollzieht, schließen sich Arbeiter*innen in den Betrieben zusammen: Die soziale Frage wird politisiert. Zwar zeugen die Herstellungsformen von keiner arbeitsinhaltlichen Ökologie- oder Sozialkritik. Arbeit wird dennoch politisch – in den Vordergrund rückt der Kampf um die Arbeitsbedingungen. Zugleich zeigen sich bereits hier erste Anzeichen einer *normativen politischen* Subjektivierung im Arbeitskontext: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kommen die Reformbewegung Arts and Crafts und die erste Handarbeitswelle auf, die Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen an die Gesellschaft adressieren.⁴⁰ Darauf folgt die vierte Phase, die ab den 1970er Jahren „Alternativbetriebe“ (Bierhoff/Wienold 2010: 230) sowie antikapitalistische „Produktions- und Dienstleistungskollektive“ hervorbringt (Brand et al. 1983: 167). Im Designkontext macht sich zudem eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung“ bemerkbar (Möller 1989: 33); seit den 1980er Jahren entstehen überdies neue Unternehmensformen, denen ein gesellschaftspolitischer Anspruch nachgesagt wird (vgl. dazu Weiß et al. 2012: 19 oder Clausen 2004) – und die Frage ist, für was die Herstellungsformen heute stehen: Ist das Selbstherstellen eine neue Form der Ökologie- oder Sozialkritik? Ist Arbeitshandeln eine politikwissenschaftliche Kategorie? Die Studie verbindet damit nicht nur eine arbeitssoziologische mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive. Sie erweitert die von Reckwitz begründeten „modernen Subjektkulturen“, die für die Verökonomisierung des Subjekts stehen (vgl. Reckwitz 2010: 15ff., 2014: 165ff.),⁴¹ – und sie knüpft an die Sozial- und Künstlerkritik bei Boltanski/Chiapello (2003)⁴² an, die seit den 1970er Jahren eine Verschiebung (oder Verdrängung) von der einstigen Sozial- hin zur Künstlerkritik⁴³ prognostizieren: Zum einen haben Boltan-

40 Angemerkt werden muss allerdings, dass ab 1866 auch erste völkische Vorstellungen zum Arterhalt im Kontext eines Ökologiebegriffs aufkommen, die sich später mit dem Wert der Arbeit verbinden. Subjektivierung bedeutet damit nicht gleich Demokratisierung.

41 Reckwitz spricht insgesamt von drei diskontinuierlichen modernen Subjektkulturen. Die erste datiert er auf das 18. und 19. Jahrhundert, als die „Form des *moralisch-souveränen, respektablen Subjekts* verbindlich“ wird (Reckwitz 2010: 15, H. i. O.). Die zweite beginnt um 1920 mit der Konstituierung eines „Avantgarde-Subjekt[s]“ und der Vollendung eines „nach-bürgerliche[n] Angestelltensubjekt[s]“ (ebd.: 275). Ab 1970 entsteht die dritte Subjektkultur, die „kulturrevolutionäre“ *counter culture*, die durch die Formation der Postmoderne das gegenkulturelle und konsumtorische Subjekt hervorbringt (Reckwitz 2010: 441ff.) – und worauf die Vermarktungslogik des Leitbildes Kreativität folgt.

42 Nach Boltanski/Chiapello wird die Sozialkritik in der Zeitspanne zwischen den 1930er und 1960er Jahre zur dominierenden Form. Sie wird getragen von Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Nach Meinung der Autoren ist die Sozialkritik ab Mitte des 20. Jahrhunderts jedoch von der Künstlerkritik abgelöst worden, die seitdem Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung voranstellt (vgl. Fußnote 23 auf Seite 24).

43 Boltanski/Chiapello sehen das Aufkommen der Sozialkritik im zweiten Geist des Kapitalismus begründet, der an den ersten „familienweltlich“ geprägten Kapitalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts in der Zeitspanne von 1930 und 1960 anschließt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 54ff.).

ski/Chiapello darüber einen Wandel der Arbeitswelt beschrieben, wodurch Prinzipien wie Flexibilität oder Selbstbestimmung in den Vordergrund getreten sind. Zum anderen haben sie den Niedergang des Politischen skizziert (gemessen an kollektiven Willensbildungsprozessen und am Stellenwert von Parteien/Gewerkschaften). Arbeit wird zur dominierenden Gesellschaftsform. Und Subjektivierung bedeutet in diesem Zusammenhang Marktdurchdringung, zu der es kaum Alternativen zu geben scheint. Die Arbeitssoziologie schließt an diese Sichtweise seit Jahren an. In Bezug auf die „erweiterte Subjektperspektive“ (Warsewa 2016; Becke/Warsewa 2017) lässt sich jedoch fragen: Für was kann Subjektivierung sonst noch stehen? Bedeutet sie womöglich (auch) eine politische Mobilisierung über Arbeitshandeln? Wie verzahnt sind die Arbeits- und politische Gesellschaft im Zuge einer wechselseitigen Dynamisierung?

2.4 Aufbau der Arbeit

Die Studie ist folgendermaßen aufgebaut und gegliedert: Im folgenden Kapitel wird der Forschungsstand zu den einzelnen Schwerpunktthemen wiedergegeben. Im anschließenden Abschnitt („Theoretischer Rahmen“) werden Zugänge aufgezeigt, die für diese Studie von Relevanz sind: Zum einen geht es um theoretische Zugänge (Kapitel 4.1.1 bis 4.1.4), zum anderen um Begriffsbestimmungen (Kapitel 4.1.5 bis 4.1.8), die vorzunehmen sind (Klärung der Begriffe Selbermachen, Herstellen, Selbstherstellen sowie eines Politik-, Design- und Nachhaltigkeitsbegriffs). Im Anschluss daran folgen die thematischen Schwerpunktsetzungen: Zunächst geht es ab Kapitel 4.2 um den historischen Wandel von Arbeit, ab Kapitel 4.3 um den des Politischen. In Kapitel 5 wird ein Zwischenstand aufgezeigt: Was konnte bezogen auf eine historische Perspektive im Zusammenhang von Arbeit, Produktion und möglichen Politikformen gezeigt werden? Seit wann kommt dem Selbstherstellen eine politische Perspektive zu? Wie greifen Arbeitsfelder und Politikformen ineinander? Und was bedeutet das wiederum für eine mögliche politische Perspektive auf Arbeit? Im anschließenden Kapitel 6 folgt die empirische Studie, ehe ab Kapitel 7 die zentralen empirischen Ergebnisse zusammengefasst und ab Kapitel 8 wissenschaftstheoretisch diskutiert werden: Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung? Was sagen sie über das Spannungsfeld von Arbeit und Politik aus? Ist das Selbstherstellen eine (neue) politische Kategorie? Ist Arbeitshandeln politisches Handeln oder Ausdruck von politischer Beteiligung? Und was bedeuten die Ergebnisse für den Begriff der Arbeit und den des Politischen? Welche gesellschaftspraktischen Konsequenzen sind zu ziehen?

Fraglich ist jedoch, ob die Sozialkritik erst hier aufkommt. Auch wäre zu fragen, ob die Sozialkritik durch die Künstlerkritik derart in den Hintergrund gedrängt worden ist oder ob sie sich heute nur in veränderter Form zeigt (vgl. Krempel 2011: 24). Das Kapitel 8.5.1 wird diese Fragen abschließend diskutieren.

